



Überparteiliche Plattform gegen die Westring - Transitautobahn A 26 mitten durch Linz

Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof - Hausgemeinschaften engagieren eigene Gutachter

Westring: Betroffene wehren sich weiter

Von der Linzer Westringautobahn A 26 direkt betroffene BürgerInnen gehen nun wegen der verzögerten UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) weiter vor. Diese sollte ja schon längst mit einer mündlichen Verhandlung in Linz fortgeführt werden, doch das Verkehrsministerium (BMVIT) zögert weiter. Nicht so das Land OÖ. Es teilt dem Linzer Rudolf Mayr per Bescheid nun mit, dass er seine Grundstücke für mehr als 2 Jahre (106 Wochen) für Probebohrungen zur Verfügung stellen muss. Auch zwei von der Westringautobahn schwer betroffene Hausgemeinschaften in den Stadtteilen Urfahr und Waldegg engagieren nun statische Gutachter.

Rudolf Mayr aus dem Linzer Stadtteil Urfahr, vielen Linzern auch als "Spatzenbauer" bekannt, wehrt sich schon lange gegen den Bau der Westring-Transitautobahn. Er ist mit Grund und Boden mehrfach betroffen, liegt doch auch sein Bauernhof direkt über der geplanten siebenspurigen Autobahnbrücke, die - mitten in eine unwiederbringliche Naturlandschaft hineingepflanzt - der schützenswerten Linzer Pforte ein fragwürdiges neues Gesicht geben soll. Die ASFINAG, ihres Zeichens Projektwerberin für den Linzer Westring und Bauherr dieser Transitautobahn, begehrt heiß Mayr's Grund und Boden, um dort für die Dauer von nicht weniger als ganzen 106 Wochen oder 2 Jahren hindurch den Boden umzuackern und so genannte Probe-Bohrungen durchzuführen. Mayr verwehrt sich gegen dieses Ansinnen mit der Begründung, dass es bezüglich Brückenbau sehr wohl Alternativen gäbe, die seinen Grund und Boden nicht in Mitleidenschaft ziehen würden und noch dazu billiger wären.

Nur die ausgewählte Hängebrücken-Konstruktion würde es notwendig machen, dass riesige Ankerbauwerke auf beiden Seiten der Donau errichtet werden müssen, um die Brücke zu tragen. So würde dadurch nicht nur die schützenswerte Urlandschaft der Donaupforte zerstört, sondern auch Mayr's Grund und Boden nachhaltig geschädigt und sein landwirtschaftlicher Betrieb vernichtet. Mayr wehrt sich so lange, bis ihm nun ein Bescheid des Landes Oberösterreich mit dem Spruch ins Haus flattert, dass er nun doch seinen Grund und Boden opfern müsse. Mayr wendet sich mit einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Mit ihm auch weitere Anrainer, denen man eine Parteistellung bisher verwehrt. Aufschiebende Wirkung anerkennt der Verwaltungsgerichtshof allerdings normalerweise nicht, vielleicht aber diesmal.

Die Eigentümergemeinschaft eines Wohnhauses in Linz-Urfahr trauen ihren Ohren nicht, als sie erfahren müssen, dass ein Tunnel des Verteilernetzes der Westring-Transitautobahn nur 5,5 Meter unter ihren Häusern durchführen soll. Vor allem deshalb, weil ihre Häuser direkt über dem Bett des ehemaligen Spazebaches (Spazenhofstraße) errichtet wurden und auf sieben Metern tief im Boden verankerten Säulen ruhen!! Sie müssen mangels anderer Hilfestellung nun in ein Privatgutachten investieren, um ihr Lebenswerk zu schützen. Die Eigentümergemeinschaft eines Wohnhauses im Linzer Stadtteil Waldegg (Bockgasse) musste erfahren, dass der geplante Tunnel unter ihrem Haus durch das labile "Linzer Sandgestein" des Freinberges führt und dadurch das Fundament ihres Wohnhauses gefährdet. Beide Hausgemeinschaften engagieren nun einen statischen Gutachter, der diesen Drahtseilakt der ASFINAG-Planer untersuchen und hinterfragen soll.

Diese Fälle sind für Alfred Jaeger, den Sprecher der Plattform der Westring-Bürgerinitiativen, repräsentativ für das rücksichtslose Vorgehen der ASFINAG: "Statt den Vortrieb des Westrings zu stoppen und den Ausgang der UVP abzuwarten, müssen Betroffenen bereits jetzt tief in die Tasche greifen, obwohl der Bau des Westring deutlich wackelt. Was ist, wenn er nicht kommt? Wer ersetzt den Bürgern die Kosten? Wer kommt für Ärger, Ängste und Spesen auf? Warum plant die ASFINAG einen Tunnel mitten durch das Fundament von Wohnhäusern? Die Rechnung werden jene Funktionäre der ASFINAG und Politiker zahlen müssen, die vehement den Westring vorantreiben und trotz offensichtlicher Widrigkeiten nicht von diesem Unsinnprojekt abrücken wollen".

Rückfragen unter 0664 40 36 057 (Dr. Alfred Jaeger).